

 HEINRICH BÖLL STIFTUNG
STIFTUNGSVERBUND

DEMOKRATIE

E-PAPER

Alternative für Frauen?

Rollen, Netzwerke,
geschlechter-
politische Positionen
in der Alternative für
Deutschland (AfD)

JASMIN SIRI UND MARCEL LEWANDOWSKY

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Dezember 2015

Alternative für Frauen?

Rollen, Netzwerke, geschlechterpolitische Positionen in der Alternative für Deutschland (AfD)

Inhaltsverzeichnis

Wo steht die AfD? Eine Bestandsaufnahme im Herbst 2015	5
Frauenanteile unter Mitgliedschaft, Abgeordneten, Sympathisanten und Wählern	5
Zwischenfazit: Die AfD als Männerpartei?	8
Prominente Frauen und geschlechterpolitische Positionen in der Partei Alternative für Deutschland	9
Bewertung der AfD-Entwicklung aus frauen- und geschlechterpolitischer Perspektive	12

Gegründet in der ersten Jahreshälfte 2013, ist die Alternative für Deutschland (AfD) ein junges Parteiprojekt und hat bereits eine wilde Geschichte vorzuweisen. Programmatisch begann die Partei als euroskeptische Formation. Im Laufe der Zeit kristallisierte sich jedoch immer stärker das rechtspopulistische Potenzial heraus, das im Laufe der Landtagswahlen 2014 deutlich sichtbar wurde.¹ Das Personal der Partei hat sich letztlich durch die Gründung der Alfa (Allianz für Fortschritt und Aufbruch, 2015) verändert, jedoch bleiben die zugrundeliegenden Netzwerke recht stabil. Dennoch handelt es sich bei der AfD um eine junge, heterogene «Partei im Werden».² Ihre Beschreibungen müssen mit Vorsicht und als Momentaufnahme genossen werden, da sie sich rasch verändern kann.

Dies vorausgeschickt, wollen wir im Folgenden einen Blick auf die Rolle von Frauen in der AfD werfen. Wir wissen ganz allgemein, dass Frauen in politischen Parteien stark unterrepräsentiert sind. Das betrifft die konservativen und liberalen Parteien noch mehr als die Parteien links der politischen Mitte.³ Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen weisen eine noch geringere Repräsentanz von Frauen auf. Gleichwohl verfügen sie oftmals über entsprechende Netzwerke und Unterorganisationen.⁴ Gerade angesichts der Tatsache, dass die AfD in Gestalt von Frauke Petry und Beatrix von Storch durch prominente Frauen repräsentiert wird, lohnt es sich, nach der Unterstützung der AfD durch Frauen zu fragen: Wie sind Frauen in der Partei repräsentiert? Welche weiblichen Netzwerke bestehen? Und wie reflektiert die Partei das Geschlecht ihrer Mitgliedschaft? Darüber hinaus sollen auch die geschlechterpolitischen Positionierungen der Partei nicht unerwähnt bleiben, da wir davon ausgehen, dass diese sowohl die Position von Frauen in einer Partei als auch die generelle Erreichbarkeit von Wählerinnen beeinflussen.

Wir werden erstens eine kurze Bestandsaufnahme der Parteientwicklung vornehmen, dann die Frauenanteile unter Mitgliedschaft, Abgeordneten, SympathisantInnen- und Wählerschaft betrachten und anschließend geschlechterpolitische Positionen der Partei in den Blick nehmen. In einem Fazit werden wir diese Betrachtungen in einer abschließenden Bewertung zusammenführen.

1 Vgl. Marcel Lewandowsky (2015), Literaturbericht: Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25 (1), S. 121-135.

2 Vgl. Jasmin Siri (2015a), Geschlechterpolitische Positionen der Partei Alternative für Deutschland. In: Alexander Häusler: (Hg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 67-78.

3 Vgl. bspw. Elmar Wiesendahl (2012), Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien, in: Tobias Mörschel & Christian Krell (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden, S. 132.

4 Vgl. Cas Mudde (2007), Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge, S. 108.

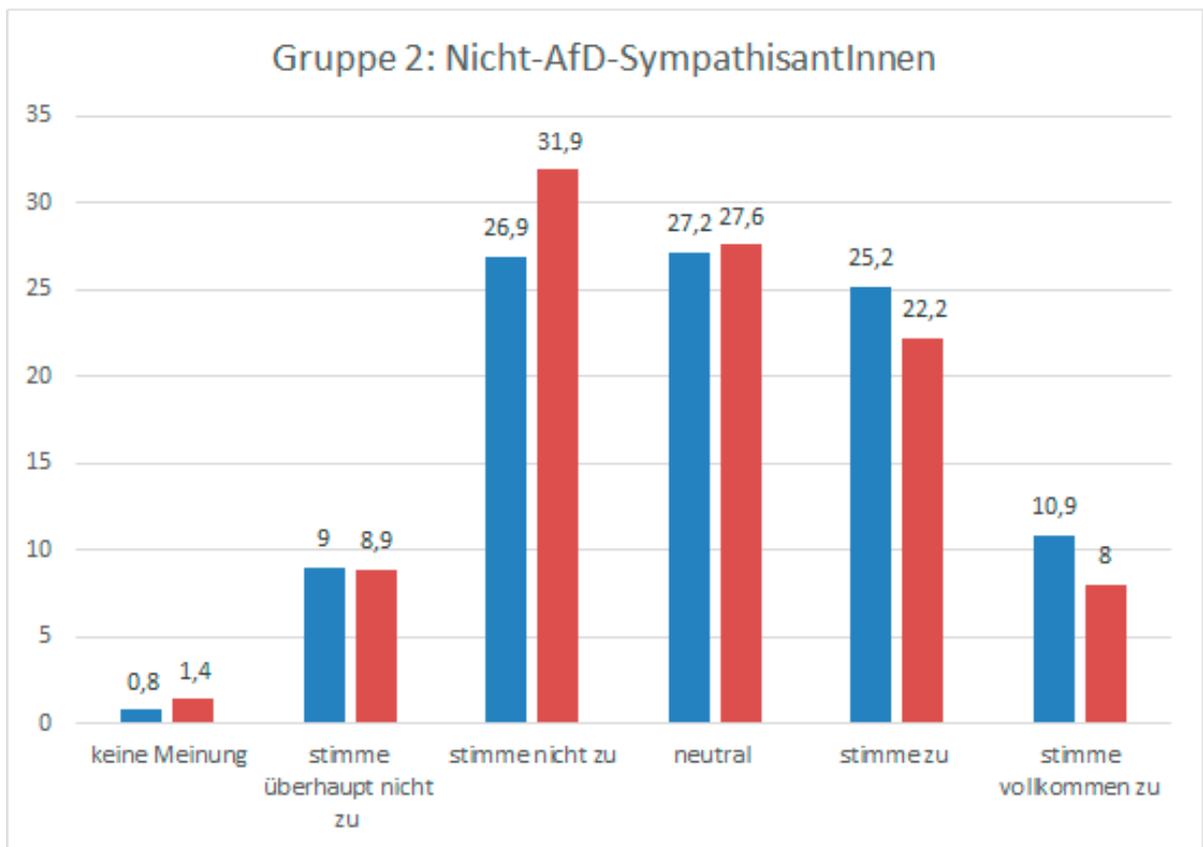
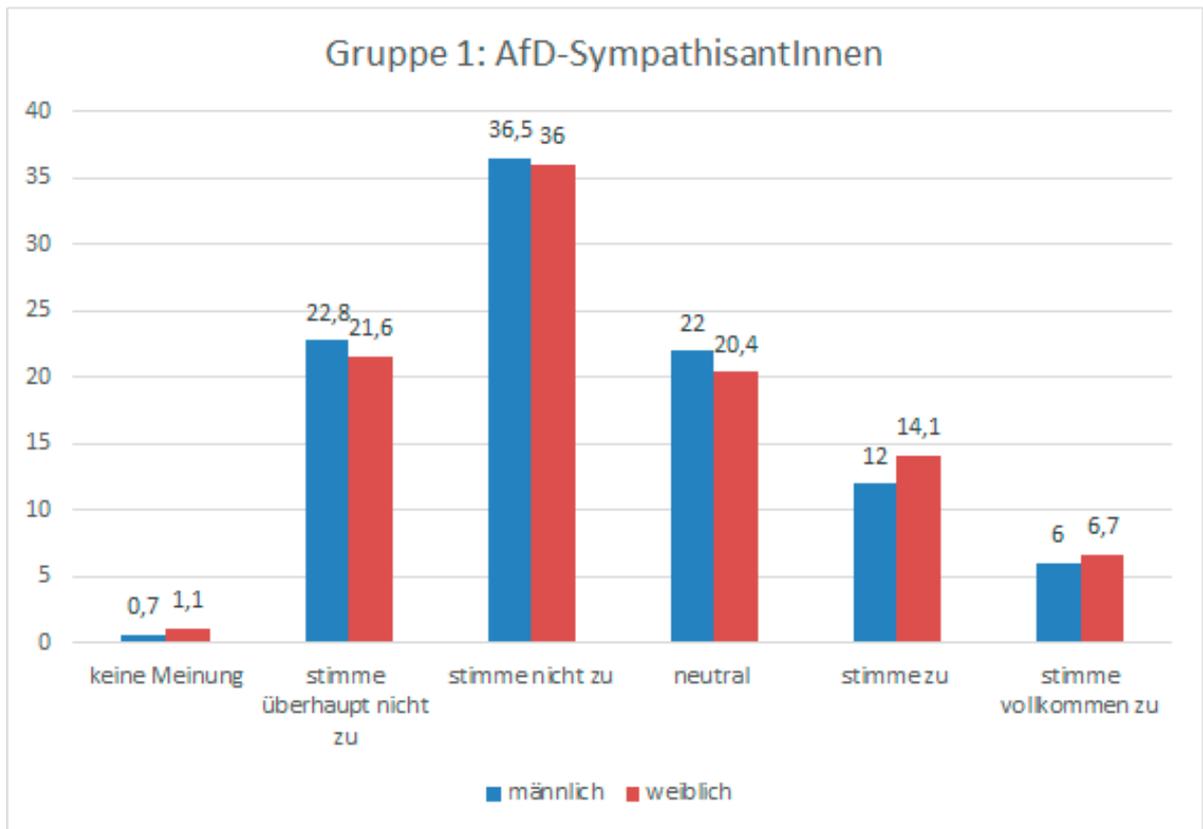


Abbildung 1: Zustimmungswerte zum Statement «Die finanzielle staatliche Unterstützung für Arbeitslose soll erhöht werden»

Wo steht die AfD? Eine Bestandsaufnahme im Herbst 2015

Die aktuelle Situation der AfD ist die einer Partei nach der Spaltung. Doch bereits vor dem Austritt des als eher moderat geltenden Lucke-Lagers war die AfD sich hinsichtlich gesellschaftspolitischer Positionen und Strategien zur Migrationspolitik, Familienpolitik und Gleichstellungspolitik nicht einig. Es gab zu diesen Themen und zur Frage, welche Bedeutung sie für die Kommunikation der Partei nach außen einnehmen sollten einen Konflikt, welchen die konservativeren Elemente in der Partei dominierten.

Frauenanteile unter Mitgliedschaft, Abgeordneten, Sympathisanten und Wählern

Wählerinnen und Sympathisantinnen

Die AfD ist – trotz prominenter Frauen – seit ihrer Gründung eine *Männerpartei*. Der Begriff ist Cas Mudde entlehnt, der mit ihm ein allgemeines Organisationsmerkmal rechtspopulistischer Parteien beschreibt.⁵ Der Anteil der Frauen an den Mitgliedern lag im Jahr 2013 bei 15,4 Prozent. Selbst die CSU – bisher im deutschen Parteiensystem stets das Schlusslicht der Parteien hinsichtlich des Frauenanteils – liegt bei 20 Prozent. Die Grünen als Spitzenreiter weisen einen Frauenanteil von nahezu 40 Prozent auf, es folgen die Partei Die Linke mit 37,3, die SPD mit 31,6, die CDU mit 26 und die FDP mit 23 Prozent Frauen in der Mitgliedschaft. Die AfD bildet also das Schlusslicht unter den (relativ) etablierten Parteien.

CDU	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD
25,7	19,9	31,6	38,2	38,2	37,3	15,4

Tabelle 1: Frauenanteil innerhalb der deutschen Parteien im Jahr 2013⁶

Auch auf der Nachfrageseite des politischen Wettbewerbs wiederholt sich das Bild einer Männerpartei. Ein Blick in eine Studie zu den Wahlabsichten der BundesbürgerInnen bei der Bundestagswahl 2013 kann zeigen, dass der Anteil der männlichen AfD-Sympathisanten bei rund 80 Prozent lag.⁷ Der Befund wurde vor der Europawahl 2014 durch

5 Vgl. ebd., S. 90 ff.

6 Quelle: Oskar Niedermayer (2015), Parteimitgliedschaften im Jahre 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 46 (2), S. 380.

7 Vgl. Nicole Berbuir, Marcel Lewandowsky & Jasmin Siri (2015), The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: German Politics 24 (2), S. 154-178. Die Daten basieren auf dem «Bundeswahlkompass», einem Online-Wahlhilfe-Tool, das sechs Wochen vor der Bundestagswahl 2013 eingesetzt wurde. Der Bundeswahlkompass wurde von Politikwissenschaftlern der Universität Amsterdam, der Universität Bamberg sowie der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg entwickelt und von Kieskompass umgesetzt, das die Rechte am Datensatz hält. Die Studie umfasste rd. 90.000 TeilnehmerInnen. Sie ist aufgrund der kleinen Fallzahl in den Kleinparteien

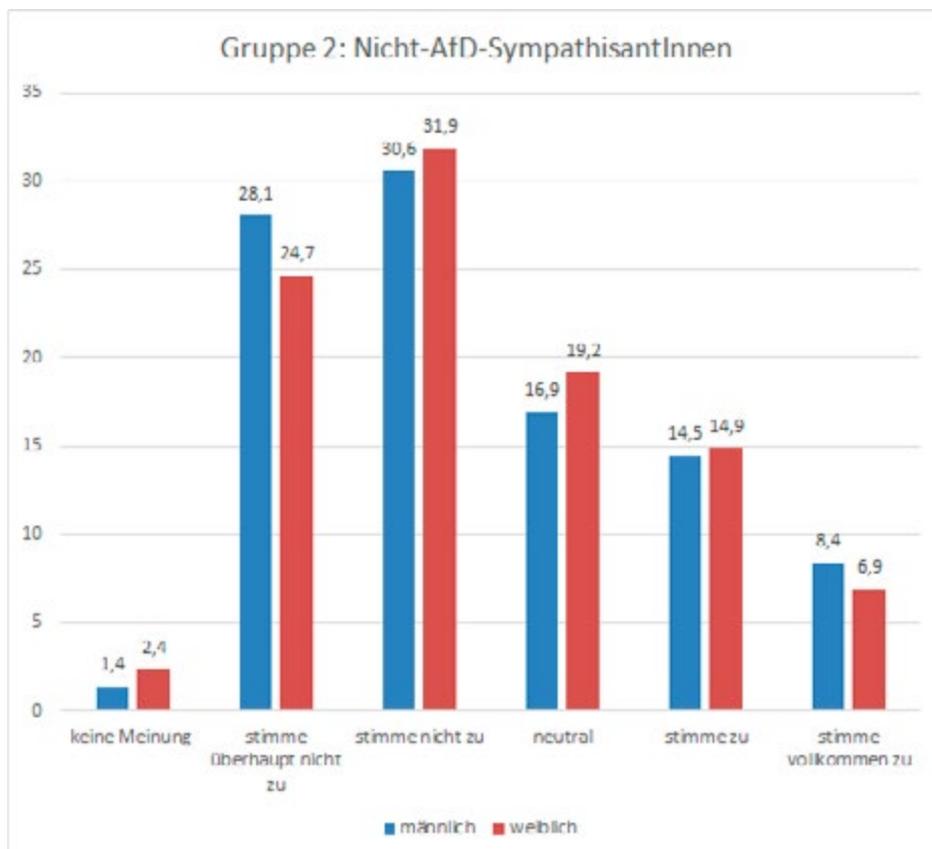
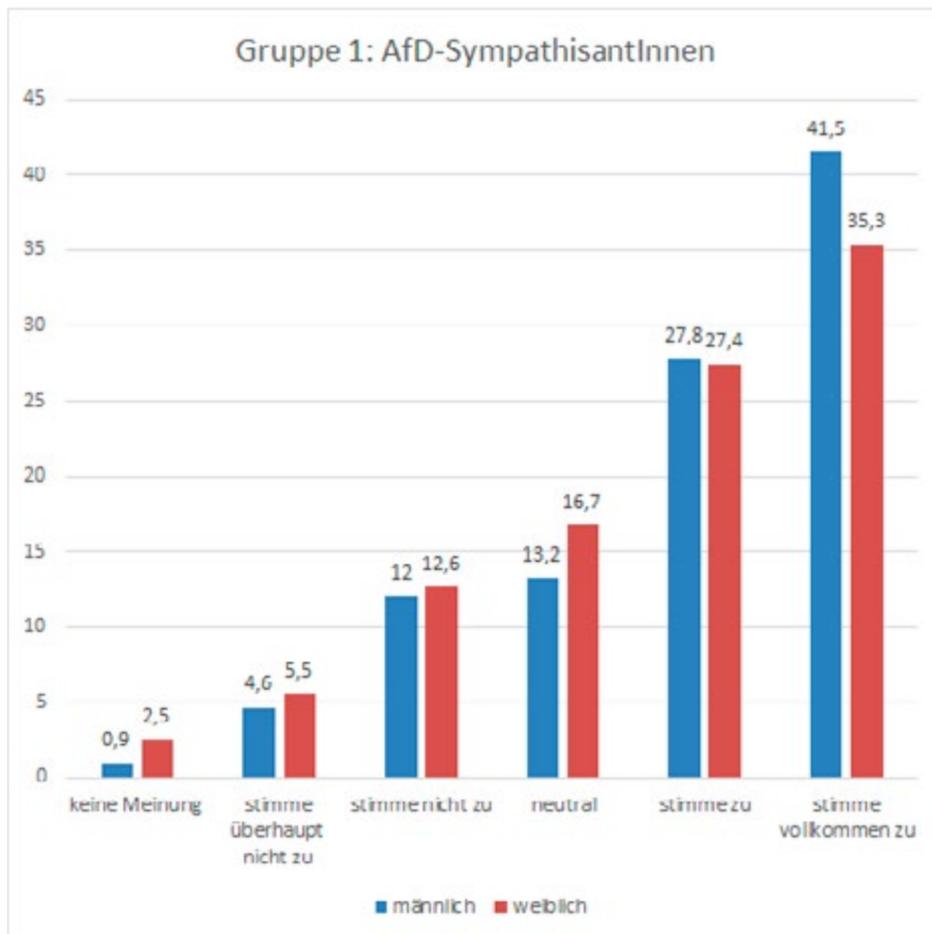


Abbildung 2: Zustimmungswerte zum Statement «Der Islam ist nicht vereinbar mit der Wertordnung der Bundesrepublik Deutschland»

andere Studien bestätigt. So ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Forsa, dass zu diesem Zeitpunkt nur rund ein Drittel derjenigen, die mit einer Wahl der AfD sympathisierten, Frauen waren.⁸ Frauen fühlten sich durch die AfD also weniger angesprochen als Männer. Bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 hatte die AfD allerdings anteilig «mehr weibliche Wähler als die Grünen und die FDP», was mit dem großen Wahlerfolg der Partei in diesem Bundesland korrespondiert.⁹ Dasselbe Bild finden wir in Brandenburg und Thüringen vor. Auch hier stimmte nach SPD, CDU und Linken der größte Anteil der weiblichen Wähler für die AfD.¹⁰ Das Wählerpotenzial der AfD dürfte weitaus über der Zahl derjenigen liegen, die tatsächlich für die Partei stimmen.¹¹ Das lässt sich daran erkennen, dass vor der Europawahl 2014 die AfD von den Wählern nur als wenig weiter rechts als die CSU stehend wahrgenommen wurde und als die Partei galt, die sich am stärksten gegen eine weitere EU-Integration einsetzte. Gemessen an der Selbsteinschätzung der Befragten deckte die AfD damit ein Wählerpotenzial von etwa 11 Prozent ab.¹²

Zu den Wählerinnen der AfD gibt es weiter bisher keine weiteren belastbaren Studien, jedoch lässt sich anhand der vorliegenden Daten einiges über die Sympathisantinnen aussagen. Im Folgenden beziehen wir uns auf Daten, die vor der Bundestagswahl 2013 mit dem Bundeswahlkompass erhoben wurden.¹³ Wie steht es um die politische Positionierung der Sympathisantinnen der AfD, also jener Frauen, die eine hohe Sympathie für die Partei an den Tag legen, sie aber nicht zwingend wählen? Zum *einen* sind weibliche AfD-Sympathisanten in den meisten Wertefragen deutlich konservativer als diejenigen Frauen, die keine Sympathie mit der AfD erkennen lassen. Zum *anderen* zeigen sich zwischen weiblichen und männlichen AfD-Sympathisanten trotz einiger Übereinstimmungen zum Teil große inhaltliche Unterschiede. Um ein differenzierteres Bild zu zeichnen, wur-

für die Alternative für Deutschland nicht repräsentativ, gibt aber gleichwohl einen Einblick in die SympathisantInnenstrukturen. Für mehr Informationen siehe www.bundeswahlkompass.de.

8 Zit. n. Werner Mathes (2014), Wer die AfD wählt, Stern.de, 4. Juni 2014, abrufbar unter <http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehlt-3172084.html>, zuletzt abgerufen am 10. September 2015.

9 Hamburger Abendblatt (2014), AfD-Wähler – jung, weiblich, Arbeiter, 2. September 2014, abrufbar unter: <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article131817735/AfD-Waehler-jung-weiblich-Arbeiter.html>, zuletzt abgerufen am 10. September 2015.

10 Zit. n. Benjamin Knaack, Alexander Trempler & Chris Kurt (2014), Wählerverhalten: Arbeitslose, Arbeiter, Selbstständige - alle wählen AfD, Spiegel Online, 15. September 2014, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlanalyse-afd-in-thueringen-und-brandenburg-gefragt-a-990953.html>, zuletzt abgerufen am 10. September 2015.

11 Vgl. Aiko Wagner, Marcel Lewandowsky & Heiko Giebler (2015), Alles neu macht der Mai? Die AfD und die Europawahl 2014, in: Michael Kaeding & Niko Switek (Hrsg.), Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Springer VS: Wiesbaden 2015, S. 137-148.

12 Vgl. ebd., S. 145.

13 Siehe Fußnote 7

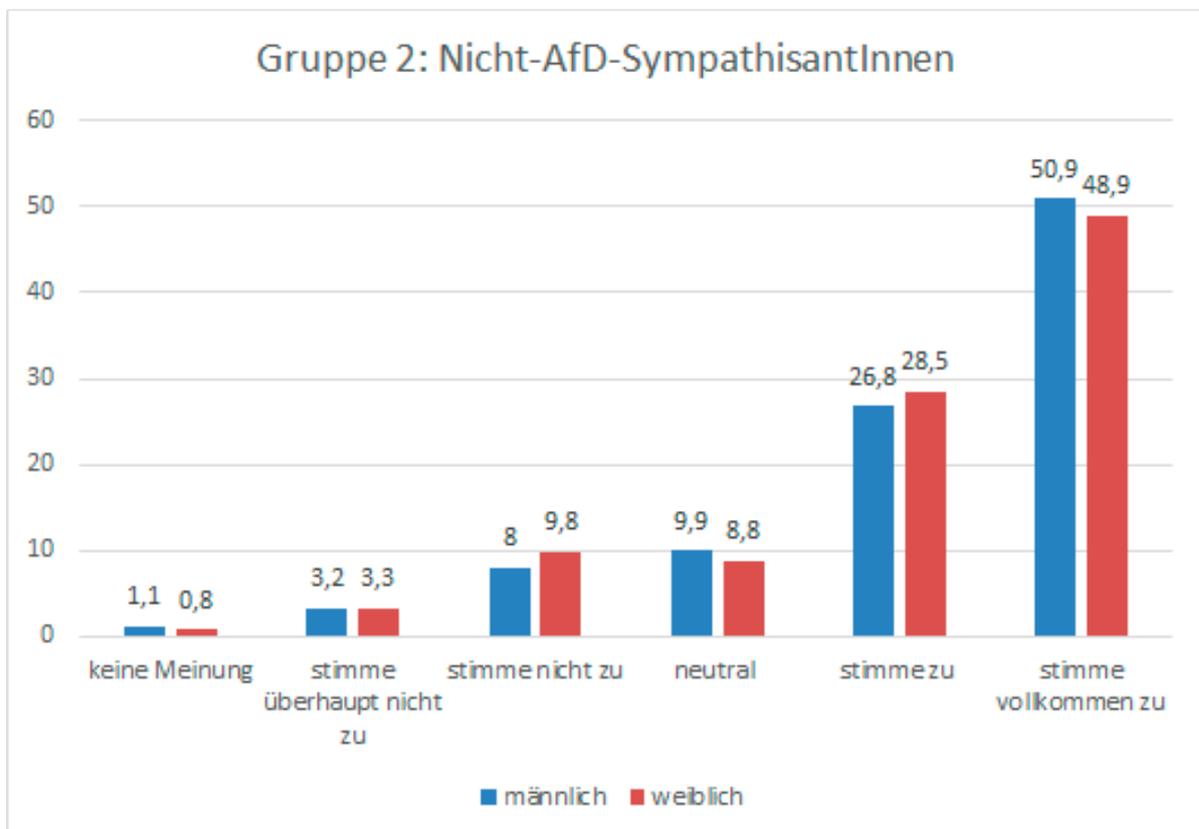
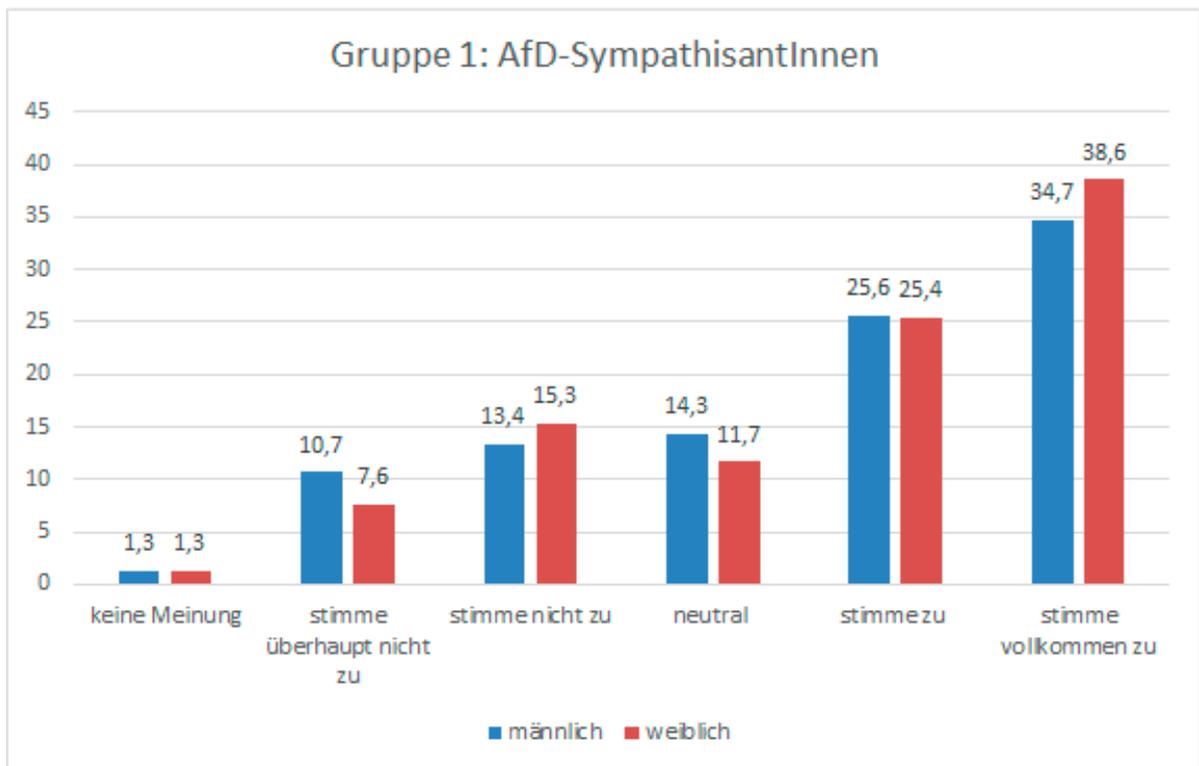


Abbildung 3: Zustimmungswerte zum Statement «Das Betreuungsgeld soll abgeschafft und stattdessen mehr Plätze in Kindertagesstätten angeboten werden.»

den in der zugrunde liegenden Studie verteilungspolitische, integrationspolitische sowie familienpolitische Werthaltungen abgefragt, worauf wir nun genauer eingehen wollen.

Die verteilungspolitische Werthaltung der SympathisantInnen wird durch das Statement abgefragt, dass die finanzielle staatliche Unterstützung für Arbeitslose erhöht werden soll. Während es in beiden Gruppen – SympathisantInnen und Nicht-SympathisantInnen – kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, sind die Einstellungen der weiblichen wie männlichen AfD-Sympathisanten weitaus wirtschaftsliberaler.

57,6 Prozent der Frauen stimmen der Aussage nicht oder überhaupt nicht zu (Männer: 59,3 Prozent), während lediglich rund 21 Prozent eine Erhöhung der staatlichen Bezüge (eher) befürworten (Männer: 18 Prozent). Im Vergleich dazu variieren die Positionierungen zwischen den SympathisantInnen und Nicht-SympathisantInnen sowie innerhalb der beiden Geschlechtergruppen stärker, wenn es um die integrationspolitischen Positionierungen geht.

Typischerweise sind Unterstützer rechtspopulistischer Parteien skeptisch bis ablehnend gegenüber dem Islam. Das folgende Statement fragte dies ab. Hier können wir die stärksten Unterschiede zwischen jenen sehen, die mit der AfD sympathisieren und jenen, deren Sympathie für die AfD am geringsten ausgeprägt ist. 62,7 Prozent der weiblichen und fast 80 Prozent der männlichen AfD-Sympathisanten stimmen dieser Aussage zu oder vollkommen zu. Im Gegensatz dazu sind es in der Gruppe derjenigen mit den geringsten Sympathiewerten für die AfD 21,8 Prozent der Frauen und 22,9 Prozent der Männer.

Zuletzt untersuchten wir familienpolitische Fragestellungen. Wir haben folgend ein Statement zum Betreuungsgeld und eines zur Adoption durch homosexuelle Paare ausgewählt (siehe Abbildung 3 und 4).

Bei der Frage nach dem Betreuungsgeld überrascht das Ergebnis der AfD-SympathisantInnen. Zwar ist der Großteil – männlich wie weiblich – auch hier konservativer eingestellt als diejenigen, die nicht mit der AfD sympathisieren. Dennoch sind 60,3 Prozent der männlichen und 64 Prozent der weiblichen AfD-SympathisantInnen der Ansicht, dass das Betreuungsgeld abgeschafft und das Geld für mehr Plätze in Kindertagesstätten investiert werden sollte. An diesem Punkt zeigt sich eine Disparität in den Haltungen der Sympathisantinnen.

Wie jedoch sieht es mit allgemeineren Ansichten zur Familienpolitik aus? Diese wurden im folgenden Item (siehe Abbildung 4) gemessen: «Das Adoptionsrecht soll ausschließlich heterosexuellen Paaren vorbehalten sein.»

Die größte Varianz zwischen den Geschlechter- bzw. SympathisantInnengruppen finden wir in der Frage nach dem Adoptionsrecht für homosexuelle Menschen. 56,6 Prozent der männlichen und 37,5 Prozent der weiblichen AfD-SympathisantInnen nehmen hier eine konservative Haltung ein, lehnen das Adoptionsrecht für nicht-heterosexuelle Paare also ab, während es unter denjenigen, die am wenigsten mit der AfD sympathisieren, 21,1 Prozent der Männer und nur 15,5 Prozent der Frauen sind. Auffällig ist, dass

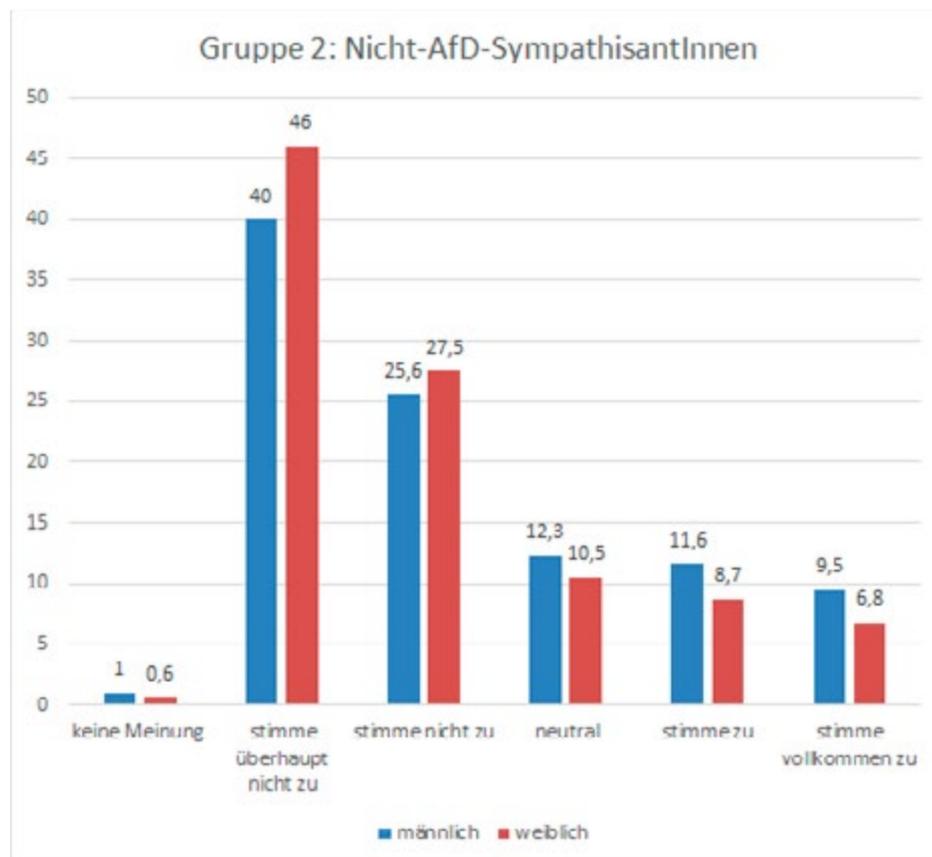
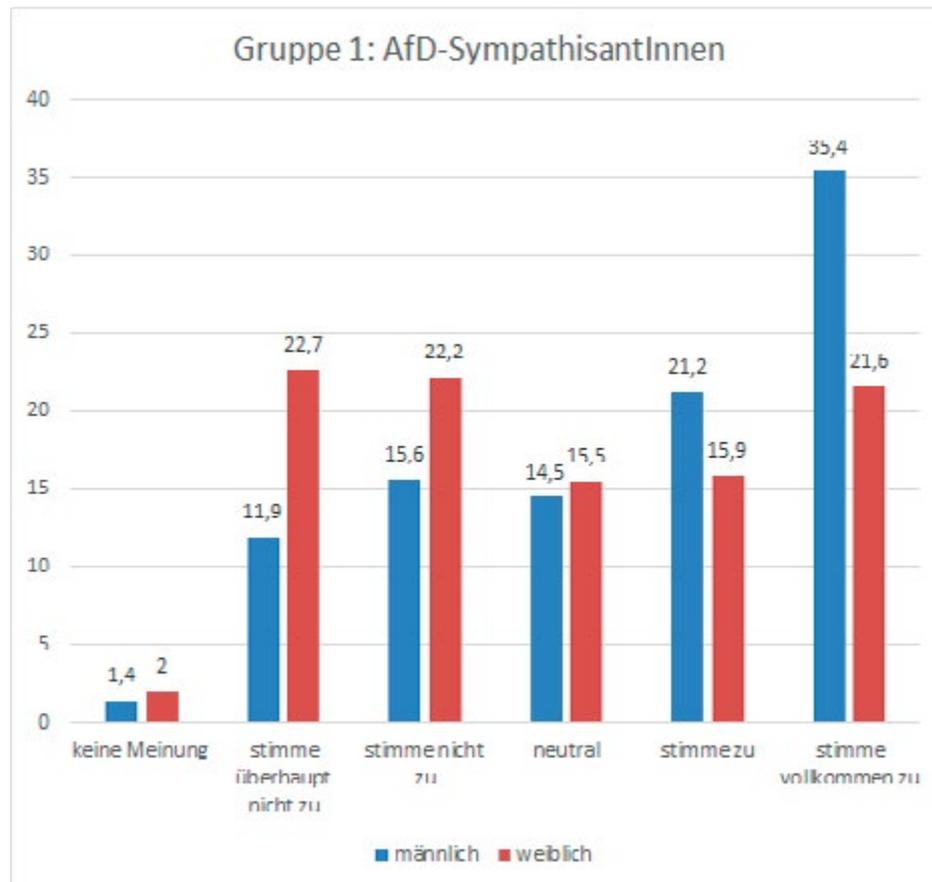


Abbildung 4: Zustimmungswerte zum Statement «Das Adoptionsrecht soll ausschließlich heterosexuellen Paaren vorbehalten sein»

in dieser Frage Männer und Frauen, die der AfD zuneigen, am weitesten auseinander driften.

Zwischenfazit: Die AfD als Männerpartei?

Als Zwischenergebnis lässt sich an dieser Stelle formulieren: In allen Parteien sind Frauen unterrepräsentiert. Die AfD hat die wenigsten weiblichen Mitglieder. Auch unter den WählerInnen hat die AfD weit weniger weibliche als männliche AnhängerInnen. Insgesamt zeigen sich aber kaum Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen SympathisantInnen der AfD. Zwar sind Frauen, die der Partei zuneigen, etwas weniger konservativ eingestellt als die Männer, nehmen aber gerade in integrations- und wirtschaftspolitischen Fragen eine vergleichbar rechte Haltung ein. Allein in der Frage nach dem Adoptionsrecht für Homosexuelle sind die Frauen, die der AfD zuneigen, deutlich liberaler eingestellt.

Die mangelnde Attraktivität für Wählerinnen hat dazu beigetragen, dass die AfD bei der Bundestagswahl 2013 knapp an der Fünfprozenthürde scheiterte. Die AfD erlangte insgesamt ein Ergebnis von 4,7 Prozent. In Westdeutschland votierten 3,4 Prozent der Wählerinnen für die Partei; in den neuen Bundesländern 4,7 Prozent. Bei den Männern waren es 5,5 bzw. 7,1 Prozent.¹⁴ Bei der Europawahl 2014 wählten 7,1 Prozent der Deutschen die AfD. Dabei tritt zwischen Männern und Frauen ein klarer Unterschied im Wahlverhalten zutage. Während 9,1 Prozent der Männer für die AfD stimmten, waren es nur 5,1 Prozent der Frauen. Einen deutlicheren Geschlechtereffekt finden wir bei keiner anderen Partei vor.

Doch dieser allgemeine Trend ist nicht immer stabil. So zeigte sich bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 ein ganz anderes Bild. Hier hatte die AfD [prozentual] mehr weibliche Wähler als die Grünen und die FDP». ¹⁵ Dasselbe Bild finden wir in Brandenburg und Thüringen vor. Auch hier stimmte nach SPD, CDU und Linken der größte Anteil der weiblichen Wähler für die AfD.¹⁶

Fraktionen

Der geringe Frauenanteil in der Mitgliedschaft und die relativ geringe Unterstützung der AfD durch Wählerinnen spiegelt sich in der geringen Anzahl von Mandatsträgerinnen wider. Von den insgesamt 32 Mandatsträgern in fünf Landesparlamenten sowie

14 Zit. n. Daniel Deckers (2014), AfD scheiterte an der Ablehnung durch Frauen, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, 28. Januar 2014, abrufbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wahlstatistik-afd-scheiterte-an-der-ablehnung-durch-frauen-12774000.html>, zuletzt abgerufen am 10. September 2015.

15 Hamburger Abendblatt, a.a.O.

16 Zit. n. Knaack, Trempler & Kurt, a.a.O.

dem Europaparlament sind zehn weiblichen Geschlechts, was einem Anteil von rund 31 Prozent entspricht. Unter den Landtagsfraktionen bilden Sachsen und Thüringen jene mit den höchsten Anteilen weiblicher Abgeordneter (28 bzw. 25 Prozent); das Schlusslicht bildet Hamburg mit einer weiblichen auf sieben männliche Abgeordnete.¹⁷

<i>Bundesland</i>	<i>Männer</i>	<i>Frauen</i>
Brandenburg	8	2
Bremen	1	0
Hamburg	7	1
Sachsen	10	4
Thüringen	6	2

Tabelle 2: Quelle: Homepages der AfD-Landesparteien und Fraktionen

Einen «Ausreißer» stellen die beiden AfD-Abgeordneten im Europaparlament dar. Nach der Spaltung der Partei und dem Austritt prominenter Abgeordneter wie Hans-Olaf Henkel und Bernd Lucke sind lediglich noch Beatrix von Storch und Markus Pretzell als originäre Europaparlamentarier der AfD übriggeblieben.

Prominente Frauen und geschlechterpolitische Positionen in der Partei Alternative für Deutschland

Die AfD verfügt nur über wenige aktive und öffentlich sichtbare Frauen. Mit der Vorsitzenden Frauke Petry sowie der Europaabgeordneten Beatrix von Storch sind zwei dezidiert konservative Frauen die sichtbarsten weiblichen Funktionärinnen der Partei. Stärker liberal ausgerichtete Frauen haben die Partei bereits verlassen bzw. eventuell noch keine vergleichbare Sichtbarkeit erarbeitet. EU-Parlamentarierin Ulrike Trebesius, die Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein war¹⁷ wechselte bspw. 2015 in die neu gegründete ALFA.

So stellen von Storch und Petry aktuell «das weibliche Profil» der Partei dar. Beschrieben Beobachter Frauke Petry in der Anfangsphase der AfD noch vor allem als Vertreterin von Mittelstandsinteressen,¹⁸ kann sie spätestens seit den Landtagswahlen im Herbst 2014 als Protagonistin rechtskonservativer familien- und integrationspolitischer Positionen gelten. So ließ sie etwa vernehmen, dass «die deutsche Politik [...] eine Eigenverantwortung [habe], das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen».¹⁹ Zudem vertritt Petry auch fundamentalchristliche Haltungen, beispielsweise

17 Vgl. ebd., S. 29. Bremen ist in die Berechnung mit eingeflossen, bildet aber keine Fraktion. Hier verfügt die AfD lediglich über einen (männlichen) Abgeordneten.

18 Vgl. Alexander Häusler (2013), Die «Alternative für Deutschland» – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Düsseldorf, S. 41f.

19 Zit. n. David Bebnowski (2015), Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden, S. 8. Vgl. auch Jasmin Siri (2015b, i.E.): Rechter Protest? Zur Paradoxie konservativer Protestbewegungen. In: Hark, Sabine & Villa, Paula-

in der Frage der Selbstbestimmung über den weiblichen Körper. Neben ihr gehören dem Bundesvorstand derzeit lediglich zwei weitere Frauen an: Beatrix von Storch und Alice Weidel, die zuvor Beisitzerin im Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen war und ebenso wie von Storch Mitglied der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft ist.

Beatrix von Storch ist eine seit langem aktive christlich-konservative Aktivistin. Ihr Engagement beinhaltet u.a. gegnerschaftliche Haltungen zur Gleichstellung homosexueller Partnerschaften, zur Selbstbestimmung des weiblichen Körpers und der Sterbehilfe. Ihre Beiträge sind darüber hinaus stark nationalistisch geprägt. Von Storch propagiert unter dem Banner der Familienförderung eine Politik, die sich gegen die Gleichstellung anderer (als konservativ-christlicher) Lebenswürfe richtet sowie jegliche Politik des Gender Mainstreaming zum Feindbild erklärt.²⁰ Es sind bemerkenswerterweise nicht zuletzt die Kontakte und Netzwerke einflussreicher Frauen, die (erz-)konservative Familien- und Gesellschaftsbilder in die AfD eingespeist haben. Engagierten sich männliche Akteure wie Bernd Lucke, Joachim Starbatty oder Hans-Olaf Henkel vor allem wirtschaftspolitisch und waren in Gruppen wie der Hayek-Gesellschaft, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder dem Plenum der Ökonomen, so brachte Beatrix von Storch Kontakte zur «Zivilen Koalition» mit.²¹ Der Verein macht sich für eine staatliche Bevorzugung der Ehe zwischen Mann und Frau gegenüber anderen Lebensgemeinschaften stark und bettet die familienpolitische Grundposition in eine neoliberale Erzählung ein:

«Erst nimmt die politische Klasse den Bürgern das Geld ab, dann gibt sie es ihnen in kleinerer Münze als Almosen gönnerhaft zurück. So schmälert und untergräbt sie deren Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen, zwingt sie in eine Abhängigkeit von Umverteilungsmaßnahmen. Eine Möglichkeit die Entscheidungsfreiheit der Familien und ihre Eigenverantwortung zu stärken, sehen wir in der Ergänzung des Ehegatten-Splittings durch ein Familien-Splitting bis zur Berufsfähigkeit der Kinder. Das stärkt die Familien und macht sie nachhaltig unabhängiger.»²²

Es nimmt angesichts dieser starken rechtskonservativen Frauen nicht wunder, dass liberale Positionen in der Familien- und Geschlechterpolitik, die es zu Beginn der Parteigeschichte durchaus gab, inzwischen verstummt sind. Anschlüsse an die «Lebensschutz»-Bewegung und christlich-fundamentalistische Motivlagen, starke Abwehr gegen Gender Mainstreaming und nationalistische Ideale eines starken deutschen Volkes führen dazu, dass die Partei sich hier seit 2012 eher radikalisiert hat. Zugleich stehen diese Haltung und die darauf aufbauenden Kampagnen im starken Gegensatz zu einem liberalen Menschen- und Gesellschaftsbild.

«In den vom Eurothema dominierten «Leitlinien», die 2014 als vorläufiges Parteiprogramm formuliert wurden, finden sich nur wenige Sätze, die die Familienpolitik

Irene (2015). (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript (im Druck).

20 Vgl. ebd., S. 26. Vgl. auch Siri 2015 a,b.

21 Vgl. ebd., S. 30 ff.

22 Abrufbar unter <http://www.zivilekoalition.de/agenda/>, zuletzt abgerufen am 10. September 2015.

und Geschlechterpolitik thematisieren.²³ Zu Beginn konstatieren die «Leitlinien» ein «Versagen der politischen Führung in der Eurokrise und bei der Bewältigung politischer Probleme»,²⁴ «insbesondere bei der Energie-, Arbeitsmarkt-, Familien- und der Einwanderungspolitik».²⁵ Dieses Versagen ginge mit einer «zunehmenden Behinderung offener Diskussionsprozesse» einher – in Klammern verweist das Papier hier auf den Begriff der «political correctness» (ebd.). Weiterhin beschreibt das Papier die Notwendigkeit einer familienfreundlichen Politik, die Ehe zwischen Mann und Frau sei «wünschenswert».²⁶

Zum Thema Gleichstellung formuliert das Papier:

«Die AfD strebt die Gleichberechtigung der Geschlechter an und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Die AfD lehnt aber geschlechtsbezogene Quoten im Berufsleben und eine Politik, die auf die Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Allein Eignung, Befähigung und Leistung dürfen Entscheidungskriterien sein. Die AfD steht für Chancengleichheit, nicht für Ergebnisgleichheit.»²⁷

Während das Leitlinien-Papier mehrfach einen positiven Wert der Gleichstellung und der freien Wahl von Lebensmodellen thematisiert, waren die Formulierungen in den «10 Fragen» – einem Internetauftritt der zusätzliche Themen anspricht (inzwischen: Fragen und Antworten)²⁸ – in einem anderen Ton formuliert. Gleichstellung taucht nun nicht mehr als positive Errungenschaften des Rechtsstaates, sondern nur noch als Negativfolie im Gewand ideologischer, «rot-grüner» Gleichmacherei (siehe unten) auf:

«Die AfD lehnt ein «Gender Mainstreaming», das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt, ab. Entsprechende finanzielle Förderungen sind ebenso einzustellen wie etwaige Bestrebungen der EU, den Mitgliedsstaaten eine solche Politik aufzuzwingen.»²⁹

Unter der Überschrift «Keine Gender-Ideologie fördern» wird in stichpunktartiger Darstellung Gender Mainstreaming sowohl als eine europäische, oktroyierte Politik definiert als auch als eine «Verzerrung» (natürlicher) Geschlechterrollen:

«Die AfD fordert die Offenlegung aller bislang zur Durchsetzung von angeblichen Gleichstellungsvorhaben geflossenen Gelder der EU.
Schluß mit undemokratischem Gender-Mainstreaming
Die AfD fordert Chancengleichheit für Frau und Mann, lehnt jedoch Quotenregelungen ab.
Die vor allem durch «Rot-Grün» ideologisch gesteuerte Verzerrung der Geschlechterrollen darf nicht Ziel staatlicher Politik sein.»³⁰

23 Leitlinien der AfD, abrufbar unter: <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/05/Politische-Leitlinien-der-Alternative-f%C3%BCr-Deutschland-Mai-2014-finale-Fassung.pdf>, zuletzt abgerufen am 15. September 2015.

24 Ebd., S. 1.

25 Ebd.

26 AfD, S: 5, vgl. Siri 2015

27 Ebd., S. 2.

28 «Fragen und Antworten» auf der Seite der Bundespartei AfD: <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/fragen-und-antworten/>, zuletzt abgerufen am 15. September 2015.

29 Zit. nach Siri 2015a, mit wenigen Veränderungen auch im aktuellen «Fragen und Antworten», siehe En. 26.

30 Ebd.

Geschlechterpolitik wird als etwas dargestellt, das der natürlichen Einheit der Familie entgegensteht. Sie sei ideologisch motiviert und habe eine «Verzerrung der Geschlechterrollen» zum Ziel. In fundamental-christlichen AfD-Positionen findet sich auch die Kritik an Abtreibung und Geburtenkontrolle. «Petry hatte im sächsischen Wahlkampf schon mit der Äußerung, eine ‚normale deutsche Familie‘ solle drei Kinder haben, für Diskussionsstoff gesorgt und die Debatte um ein Fischen der Partei nach Wählerstimmen am rechten Rand befeuert. Die deutsche Politik habe ‚eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen‘, erklärte Petry.»³¹ Relevant ist hinsichtlich dieses Themenkomplexes, dass die Rhetorik natürlicher Geschlechterrollen dazu geeignet ist, ideologische Anschlüsse zu völkischen und rechtsextremen Gesellschaftsidealen zu produzieren.³²

Besonders stark werden diese Themen so auch in Reden und in sozialen Medien aufgenommen. Alexander Gauland etwa äußerte bereits im Dezember 2013 sein Verständnis für all jene AfD-Mitglieder,

«(...) denen die Buntheit mancher Lebensformen für ein Land, in dem die Kinder fehlen, zu bunt erscheint. [...] Schließlich gibt es gerade unter den Älteren viele, die das Ganze [sic!] Gender Mainstreaming (Was ist das überhaupt?) für eine große Narretei halten und korrekte Märchen, eine feministische Bibel oder die weiblichen Schriftformen für die Ausgeburt von Menschen, die sonst keine Sorgen haben und folglich gern aufs Eis tanzen gehen.»³³

Abbildung 5 und 6: Die Abbildungen entstammen AfD-Seiten auf Facebook aus dem Jahr 2013.³⁴



31 Abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/afd-frauke-petry-will-volksabstimmung-zu-abtreibung/10362660.html>, zuletzt abgerufen am 30.10.2015.

32 Siri 2015 a, S. 72, vgl. auch Andreas Kemper (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Onlineunter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf>, zuletzt abgerufen am 15.09.2015, sowie Ders. (2015): Wie viel NPD hockt in der AfD? Online unter: <https://andreaskemper.wordpress.com/2015/03/15/wieviel-mpd-hockt-in-der-AfD/>, zuletzt abgerufen am 15.09.2015.

33 Alexander Gauland, Brief an die konservativen Parteifreunde, 29. Dezember 2013, zit. n. Berbuir, Lewandowsky & Siri, a.a.O., S. 177f.

34 Vgl. für genauere Informationen und Einzelnachweis Berbuir et al. in FN 7, S. 15.

Es gibt also einen Unterschied zwischen der offiziellen Programmatik auf der einen Seite und Äußerungen der politischen Praxis, wie Kampagnen und Selbstdarstellungen der Mitglieder auf der anderen Seite. Diese Differenz zwischen Programmatik und politischer Rede und Kampagnen scheint nicht nur bei diesem Thema auf, sondern auch bspw. beim Umgang mit dem Rechtsextremismus, der Einordnung des Islam und dem Thema Immigration.

Bewertung der AfD-Entwicklung aus frauen- und geschlechterpolitischer Perspektive

Die aktuelle Entwicklung der Partei Alternative für Deutschland macht es eher wahrscheinlich, dass die Partei sich einer ultrakonservativen oder sogar klar nationalistischen Agenda widmen wird. Für diese Tendenz kann als empirisches Beispiel die «Erfurter Resolution» vom März 2015 genannt werden, in der Björn Höcke (Thüringen) und André Poggenburg (Sachsen-Anhalt) u.a. kritisieren, dass man sich von «bürgerlichen Protestbewegungen» wie PEGIDA distanziert habe, obwohl viele Mitglieder hier aktiv gewesen seien und «Mitglieder verprellt und verstoßen» habe, «deren Profil unverzichtbar ist.»

«Zahllose unserer Mitglieder verstehen die AfD nämlich immer noch und gegen jede Verengungstendenz, als grundsätzliche, patriotische und demokratische Alternative zu den etablierten Parteien, als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.), als Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands, als Partei, die den Mut zur Wahrheit und zum wirklich freien Wort besitzt.»³⁵

An dieser Resolution, die für das Spektrum der Partei steht, welches Frauke Petry als Vorsitzende unterstützt hat, klingen deutlich andere Töne an, als die Erzählung des Gründungsmythos einer wirtschaftsliberalen «Professoren»-Partei vermuten lässt. Zugleich muss aber betont werden, dass die Anhänger Luckes und dieser selbst bei weitem nicht radikalliberal oder hinsichtlich der Gleichstellungspolitik besonders emanzipatorische Ziele vertreten haben. Dies wird in der medialen Rezeption zugunsten einer Gegenüberstellung der beiden Spektren in der Partei gelegentlich suggeriert. Vielmehr waren rechtspopulistische Töne für die «liberalen» Führungskader der Partei eine Chance, weitere Publika zu erschließen – freilich ohne dabei mit zu planen, dass diese Publika ihnen einst die Führung entreißen könnten.

Hinsichtlich der Genderthematik scheinen sich ebenfalls die «Hardliner» in der Partei durchzusetzen. Gemäßigte Töne sind nicht mehr zu hören und zu lesen, vielmehr scheint die Beteiligung an einem Kulturkampf gegen emanzipatorische Programmatiken nun in der Mitte der Partei angekommen zu sein. Dass dies so kommen würde, kann in der Retrospektive kaum überraschen. Denn erstens waren diese Positionen gerade aufgrund

35 Erfurter Resolution, S. 1. Das Dokument kann unter <http://derfluegel.de/erfurterresolution.pdf> abgerufen werden (zuletzt abgerufen am 10. September 2015).

einflussreicher Netzwerkerinnen wie Beatrix von Storch schon früh in der Partei sagbar. Zweitens ist mit dem Abgang der «Wirtschaftsliberalen» der Raum für diese Themen innerhalb der AfD noch vergrößert worden.

Wie beeinflusst dieser eingeschlagene Weg die Attraktivität der Partei für das weibliche Elektorat? Wir wissen aus der Forschung der letzten Jahrzehnte, dass Frauen sich von radikalen Parteien eher weniger angesprochen fühlen, als Männer.³⁶ Wenngleich Ressentiments über die Geschlechter hinweg ungefähr gleich verteilt sind, bevorzugen Frauen doch gemäßigtere Organisationen. Hinzu kommt, dass christlich-fundamentalistische Haltungen hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes von Frauen und der Familienpolitik nur für wenige Frauen attraktiv sind. Selbst Frauen, die sich als (wert-)konservativ bezeichnen sind nicht automatisch auch für ein Verbot von Abtreibung oder gegen Quotenprogramme in der Arbeitswelt, wie die angeregten Debatten in der CDU/CSU zu diesen Themen zeigen. Die Wahrscheinlichkeit, dass viele Frauen ihren Platz in dieser Organisation suchen, sinkt daher weiter und es ist wahrscheinlich, dass die AfD trotz einer weiblichen Vorsitzenden und weniger sichtbarer Frauen weiterhin eine Männerpartei bleiben wird.

Jasmin Siri,
Ludwig-Maximilians-Universität München,
Marcel Lewandowsky,
Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Die AutorInnen bedanken sich herzlich bei Jessica Kunert für die hilfreiche Unterstützung bei der Aufbereitung der Daten zu AfD-SympathisantInnen.

36 Vgl. bspw. Mudde, a.a.O., S. 113 ff.

Herausgeber: Stefan Schönfelder, weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden
Redaktion: Jasmin Siri (Ludwig-Maximilians-Universität München),
Marcel Lewandowsky (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg)
Layout: Antje Meichsner
Erscheinungsort: www.boell.de, Dresden
Erscheinungsdatum: Dezember 2015

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.boell.de/de/publikationen

Copyright

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz. (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung - Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung - Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:
internetredaktion@boell.de

